Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 400. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 400 mit Postbestellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum f. Bezirk 28.- ℳ außerhalb desselben 3[illegible].- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 15 Mk. Reklame-Zeile 70 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 301. | Neuenbürg, Samstag, den 23. Dezember 1922. | 80. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Bitterer Wermut mischt sich in den Kelch der Weihnachtsfreude. Die himmlische Botschaft, die den Frieden auf Erden allen denen verkündet, die guten Willens sind, ertönt auch heuer wieder und findet Millionen von gläubigen Ohren. Aber andere Millionen von Herzen bringen den guten Willen nicht auf und verhindern den Frieden. Wir brauchen die Friedensstörer nicht nur außerhalb Deutschlands zu suchen; es gibt hier mehr als genug innerhalb der schwarz-rot-goldenen Grenzpfähle. Häuslicher Hader, Neid und Mißtrauen in der eigenen Familie sind schlimmer als eine Gegnerschaft von außen her. Unter dem Christbaum des deutschen Volkes fehlt die Gabe der Liebe, das Geschenk der Einigkeit. Wir können des Festes nicht froh werden und seinen tiefen Sinn nicht begreifen, wenn wir nicht von den Kindern lernen, mit lauterem Herzen die Menschwerdung des Erlösers auch religiös auf uns wirken zu lassen und uns zu prüfen, ob wir selbst immer guten Willens waren und es fernerhin sein wollen im Verkehr mit unseren Nächsten und in der Erfüllung unserer Pflichten gegen die Volksgesamtheit.

Ein Christbaum schien uns aufzuleuchten in der Hoffnung auf eine Verständigung mit Amerika und weiterhin mit der Entente. Selbst Poincare schlug sanftere Töne an, als er von London zurückkehrte und dort gefunden hatte, daß man weder in England noch sonst sonstwo in den Ententeländern von der Besetzung des Ruhrgebiets etwas wissen wollte. Der Präsident der Vereinigten Staaten ließ zum ersten Male seine Stimme vernehmen, die zur Mäßigung in Europa riet. Der Gedanke einer internationalen Anleihe mit Hilfe Amerikas, einer Atempause für das geknäulte Deutschland, tauchte auf. Der Dollar fiel. Es sah einige Tage wirklich so aus, als sollte Weihnachtsstimmung in die Welt einkehren. Aber der Haß in Paris, die Kaltherzigkeit in London und der trockene Geschäftsgeist in Washington erwiesen sich rasch als stärker. Der Versöhnungsgedanke mußte hinter die nackten Regungen des Materialismus verschämt zurücktreten. Ueberall lehnte man die Verantwortung für eine Neuordnung der Dinge ab und der Dollar stieg wieder. Die Teuerung schreitet in Deutschland munter fort und der Wuchergeist triumphiert. So kommt es, daß wir am Vorabend des Festes unerschwingliche Lebensmittelpreise haben und statt des Friedens am Tage der Liebe nichts besseres erleben als eine wüste Jagd nach dem Gelde und einen erbitterten Kampf aller gegen alle um das tägliche Brot. Milliardenweise flutet immer neues Papiergeld durch das Land, der tolle Tanz um das goldene Kalb artet in Orgien aus und jede religiöse Vertiefung wird erstickt durch Zahlen und Preisbestimmungen.

Aber wir geben die Hoffnung nicht auf. Wenn es schon Deutschlands Schicksal ist, Weihnachten im Dunkeln zu begehen, das ewige Licht leuchtet doch und wird gewiß eines Tages mit seinem Scheine die Herzen erhellen. Es kann schon sein, daß Deutschland zuvor noch schwerere Prüfungen überstehen muß, als bisher. Die neue Brotverteuerung, der Fleischwucher, die sinnlose Verschwendungssucht der Spekulanten und Leichtverdiener zeitigen nachgerade eine Stimmung, die bis in die Kreise des geordneten Bürgertums hinein nichts Gutes verheißt. Und doch kann das deutsche Volk nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt. Die letzten Gemeinderatswahlen in Württemberg gaben Anzeichen von Selbstbesinnung. Der Internationalismus haust ab. Wer mit hellen Augen in die Zeit hineinsieht, begreift allmählich, trotz seiner Parteibrille, daß wir nichts vom Ausland zu erwarten haben, solange wir uns nicht selbst helfen, daß wir zuerst einmal echtes geschlossenes Deutschtum beweisen müssen, bevor draußen in der Welt jemand etwas für uns übrig hat. Er begreift, daß wir mehr arbeiten und weniger reden sollen, daß uns Sparsamkeit notwendiger ist als die kommunistischen Ideale vom Sichausleben. Der Kampf um das Arbeitszeitgesetz kann uns ein Wendepunkt sein, wenn wir nur erst richtig lernen, zwischen Arbeitszeit und Arbeitsbereitschaft zu unterscheiden, anstatt das Achtstundenschema mechanisch auch dort anzuwenden, wo es keinen Sinn hat. Das ganze Valutaelend der Geldentwertung werden wir nicht eher los, als bis wir die eigenen Leistungen steigern.

Ein Blick ins Ausland lehrt uns das unzweideutig. Wenn die amerikanischen Geldmagnaten uns dazu behilflich sein sollen, den Wert der deutschen Reichsmark auf einen leidlich festen Stand zu bringen, dann müssen sie ein besseres Urteil über Deutschlands Leistungsfähigkeit erhalten. Und wenn wir unsere Reparationspflichten gegen die Entente jemals erfüllen wollen, dann müssen wir eben mehr leisten. So hängen die Dinge zusammen: die Reparationslast bemißt sich nach unserer Leistungskraft und von beiden hängt die Möglichkeit einer Geldhilfe ab. Da halten die Gewerkschaften wieder einen Weltfriedenskongreß im Haag, da führen die Verhandlungen in Lausanne zu einer neuen Zuspitzung der Meerengenfrage von Konstantinopel zu frischem Hader unter der Entente, da schlagen die Faszisten in Turin die Kommunisten tot und ein neuer polnischer Staatspräsident wird am ersten Tage seines Amtsantrittes erschossen. Da sieht man nichts als Zwiespalt unter unseren ehemaligen Feinden wegen der Vorbereitung der Pariser Konferenz und der Frage, ob Amerika daran teilnimmt. Die ganze Welt ist erfüllt vom Geiste des Unfriedens. Wie viel leichter könnte sich da die Lage Deutschlands gestalten, wenn wenigstens wir einig und geschlossen wären und in der heiligen Nacht lernen wollten, was einst der Dichter sang: „Was tönt so wundersamer Klang, so feierlich Geläute? Die Glocken rufen das Tal entlang: 's ist Weihnacht, Weihnacht heute! O juble mit, du Menschenherz, gib hin das Leid, vergiß den Schmerz, geh auf in sel'ger Freude: es ist Weihnacht, Weihnacht heute!"

Deutschland.

Stuttgart, 21. Dez. Auf eine Anfrage des Abg. Pflüger (Soz.) hat die Forstdirektion folgende schriftliche Antwort erteilt: Im Staatswald ist das Buchelnsammeln abgabefrei erlaubt; nur soweit dieses mit Geräten erfolgt, ist ein Erlaubnisschein zu lösen, für den eine Gebühr zu entrichten ist, die sich je nach der Ergiebigkeit und den besonderen Verhältnissen richtet. In verschiedenen Forstbezirken wird die Gebühr in Form der Ablieferung einer bestimmten Menge von Bucheln festgesetzt, um dadurch Saatmaterial für den Forstbetrieb zu gewinnen. Leider wird der Aufgabe zur Samenablieferung meist nicht nachgekommen, die Sammler verkaufen lieber ihre Bucheln um teures Geld an Händler, wodurch sich ein reger, teilweise gewerbsmäßiger Handel entwickelt hat; die Forstämter waren teilweise gezwungen, solchen teuren Samen aufzukaufen, um ihren eigenen Bedarf zu decken. Deshalb wurden geeignete Flächen des Staatswaldes zur Gewinnung des eigenen Samenbedarfs, sowie zur Ermöglichung der Naturverjüngung, gesperrt.

Stuttgart, 22. Dez. Die württ. Bürgerpartei hat folgende Kleine Anfrage im Landtag eingebracht: „Bis jetzt sind die vom Finanzausschuß beschlossenen durchschnittlichen Rentnerbeihilfen von 5000 Mark, die auf Weihnachten ausbezahlt werden sollen, nicht ausbezahlt worden. Wir bitten um schleunige schriftliche Auskunft, welches die Gründe hierfür sind, und ob die Auszahlung nicht noch vor Weihnachten möglich ist."

München, 22. Dez. Wir haben gemeldet, daß in der abgelaufenen Woche ein Konzert, das der bekannte Geigenkünstler Henri Marteau in München geben wollte, durch Werfen von Stinkbomben unmöglich gemacht worden ist. Der Künstler hat nunmehr die Verfolgung der Angelegenheit dem schwedischen Gesandten in Berlin übergeben. Marteau ist nach dem Krieg schwedischer Staatsangehöriger geworden.

München, 22. Dez. Der letzte Besuch der Ententekommission in Ingolstadt ging mit besonderen Sicherheitsmaßnahmen vor sich. Schon weit außerhalb der Stadt mußte ein städtischer Sicherheitskommissar neben dem Chauffeur Platz nehmen. Vor der Stadt waren dann sieben Mann Landespolizei postiert. Auch bei dem Verlassen der Stadt waren die gleichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Berlin, 22. Dez. Unter dem Druck unruhiger Elemente unter den Staatsarbeitern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nochmals bei der Regierung auf eine nachträgliche Lohnaufbesserung für Dezember gedrungen. — Ein schlesisches Blatt hatte die Nachricht verbreitet, daß sich der frühere Reichskanzler Dr. Wirth nach seinem Rücktritt verlobt habe. Die „Schlesische Volkszeitung" erhält auf Anfrage dazu von Dr. Wirth die Mitteilung, daß diese Nachricht frei erfunden ist.

Was sie sich alles erlauben.

Zweibrücken, 21. Dez. Die französische Militärbehörde scheint die Pfalz nicht mehr als deutsches Gebiet zu betrachten und die deutsche Staatshoheit im besetzten Gebiet nicht mehr anerkennen zu wollen. So hat sie einem 20 Jahre alten, in Zweibrücken lebenden Deutschen durch einen französischen Gendarmen einen militärischen Gestellungsbefehl zustellen lassen. Von den Eltern des jungen Mannes ist der Vater in Laer bei Bochum, die Mutter in Reiskirchen bei Homburg in der Pfalz geboren. Im Oktober 1902 zogen die Eltern nach Metz, dort wurde im Dezember des gleichen Jahres der junge Mann geboren. Schon im Jahre 1904 verlegten die Eltern ihren Wohnsitz nach Zweibrücken. Obschon der Vater nie die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben hat, der noch minderjährige Sohn also, trotzdem er in Elsaß-Lothringen geboren ist, ebenfalls deutscher Staatsangehöriger ist, wurde ihm ohne vorherige Musterung oder militärische Untersuchung ein Gestellungsbefehl zugestellt, der die Weisung enthielt, sich noch an demselben Tag mit dem um 1,14 Uhr nachmittags von Zweibrücken abgehenden Zug zu einem in Fontainebleau in Garnison liegenden reitenden Artillerieregiment zu begeben. Der junge Deutsche erklärte, dem Gestellungsbefehl nicht Folge zu leisten, da er Deutscher sei und unter keinen Umständen im französischen Heere dienen werde. Auf die Beschwerde des Vaters hin erstattete die französische Besatzungsbehörde über den Fall Bericht an das französische Oberkommando in Mainz mit dem Ergebnis, daß einige Tage später ein französischer Gendarm in dem Geschäft des jungen Mannes, und als er ihn dort nicht antraf, bei seinen Eltern erschien, um ihm den Gestellungsbefehl erneut zuzustellen. Der junge Mann war jedoch so vorsichtig gewesen, das besetzte Gebiet zu verlassen. Das Vorgehen der französischen Militärbehörde widerspricht jedem Völkerrecht und bedeutet einen schweren Eingriff in die deutsche Staatshoheit im besetzten Gebiet.

Französische Justizwillkür gegen Deutsche.

Berlin, 21. Dez. Ueber einen ähnlichen Fall, wie der Fall Prange, wird aus Mainz berichtet: Das Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee verurteilte gestern den Kriminalassistenten Berthold von der politischen Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums zu einem Jahr Gefängnis und den Kriminaloberwachtmeister Schönken aus Köln zu zwei Jahren Gefängnis wegen Spionageversuchs, weil sie an einen fremden (!) nicht an der Rheinlandbesetzung teilnehmenden Staat — will sagen Deutschland — Nachrichten zu übermitteln versucht hätten, die geeignet gewesen sein sollten, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Die Verhandlung, zu der als Entlastungszeuge unter anderem der Kölner Polizeipräsident geladen war, fand bezeichnenderweise unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Noch ein zweiter Fall französischer Justizwillkür sei hier erwähnt. Seit 1917 befindet sich der Deutsche Arnold Holtz, der auf Grund eines Rechtsspruches von den Franzosen gefangen genommen und unter schweren Verletzungen des Völkerrechts von den französischen Gerichten zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, in einem französischen Kerker. Jetzt hat ein Schicksalsgenosse, Albert Carmelich, der nach fünfjähriger ebenso ungerechter Haft der Freiheit zurückgegeben wurde, in einer Denkschrift an den Reichstag diese Schandtat französischer Justiz in allgemeine Erinnerung gebracht. Der Reichstag wird sich zu diesem Fall von Völkerrechtsbruch noch zu äußern haben.

Bayerischer Unwille über die Entente-Antwort wegen Passau.

München, 21. Dez. Von der politischen Presse Bayerns beschäftigt sich heute abend lediglich die „Bayerische Staatszeitung" und die „Telegrammausgabe der Münchener Neuesten Nachrichten" mit den neuen Forderungen der Botschafterkonferenz wegen Passau und Ingolstadt. Die „Bayerische Staatszeitung" erklärt, daß die Herren in Paris mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht werden müßten, daß es nicht deutsche Art sei, Unschuldige für Dinge büßen zu lassen, die zu verhindern sie gar nicht in der Lage waren. „Es hat schließlich alles seine Grenzen, und uns will dünken", so schließt der Artikel der „Bayerischen Staatszeitung, „als seien sie in diesem Falle durch die Forderungen der Botschafterkonferenz schon erheblich überschritten." Die „Münchener Neuesten Nachrichten" sagen ganz kurz: „Wann bringen wir den gemeinsamen Willen zur Abwehr auf?"

Kommunistische Treibereien unter den Staatsarbeitern.

Berlin, 22. Dez. Von radikaler Seite wird, wie wir bereits meldeten, mit allen Mitteln versucht, die Staatsarbeiterschaft für eine Aktion zu gewinnen, um ihre Forderungen bei der Regierung gewaltsam durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführer selbst bemühen sich, zur Besonnenheit zu mahnen. Deswegen ist es bereits an verschiedenen Stellen zu stürmischen Versammlungen gekommen. So wurde zum Beispiel in Berlin die Forderung gestellt, daß man außer einem Stundenlohn von 500 Mark auch noch eine Wirtschaftsbeihilfe von 50 000 Mark als Ausgleich des bisher zu geringen Lohnes gewähren müsse. Eine Versammlung der Kölner Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes bezeichnet die Zugeständnisse der Regierung an die Arbeiter und Beamten der Staatsbetriebe als durchaus ungenügend und nahm eine Entschließung an, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Eisenbahner diese Zugeständnisse als Hohn betrachten und nicht gewillt seien, sich diese „Provokation" gefallen zu lassen. Vom Vorstand wird die Anwendung der letzten Kampfmittel gefordert. Wie man weiß, stehen gerade die Kölner Eisenbahner stark unter kommunistischem Einfluß.

622 Milliarden Fehlbetrag im neuen Reichshaushalt.

Berlin, 22. Dez. Der Reichsrat nahm in seiner Sitzung, die gestern in später Abendstunde begann und die vom Minister Oeser geleitet wurde, den Etatvoranschlag für 1923 an. Wie der Referent, Ministerialdirektor Sachs, hervorhob, bietet der Entwurf ein sehr unvollkommenes und unzuverlässiges Bild der voraussichtlichen Finanzwirtschaft des Jahres 1923, was beim ständigen Schwanken des Kurswertes der Mark nur natürlich ist. Der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung hält in Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht mit 731,9 Milliarden. Die Einnahmen sind gestiegen von 442,1 Milliarden des Vorjahres auf 731,9 Milliarden, die fortlaufenden Ausgaben von 399,1 Milliarden auf 659,4 Milliarden, die einmaligen Ausgaben von 43 Milliarden auf 72,5 Milliarden. Im außerordentlichen Etat der allgemeinen Reichsverwaltung stehen Ausgaben von 84,5 Milliarden 18,7 Milliarden Einnahmen gegenüber, so daß sich hier ein Anleihebedarf von 65,8 Milliarden ergibt. Dazu tritt der Zuschußbedarf der Betriebsverwaltungen aus allgemeinen Reichsmitteln in Höhe von 449,3 Milliarden und der Bedarf des Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrags in Höhe von 206,4 Milliarden Mark. Der Gesamtanleihebedarf des Reiches für 1923 beläuft sich auf 721,6 Milliarden, wovon 99,6 Milliarden durch die Zwangsanleihe gedeckt werden, während der Restbetrag von 622 Milliarden ungedeckt bleibt. Wenn der Fehlbetrag von 1923 geringer erscheint, als der Fehlbetrag von 889 Milliarden für 1922, so liegt das daran, daß in dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages diesmal Ansätze für

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die eigentlichen Reparationszahlungen mangels eines Anhalts dafür, wie hoch sie eingestellt werden sollen, einstweilen fehlen. Würde man die vorige Summe von 306,1 Milliarde dafür einsetzen, so würde der Gesamtfehlbetrag sich auf 1027,7 Milliarden, also auf über eine Billion Mark, stellen. Eine ganze Reihe von Gesetzen fand Annahme, darunter ein Gesetz, wonach die Versicherungspflicht für die Angestellten bis auf ein Einkommen von 1,2 Millionen erhöht wird, anstatt bisher 840 000 Mark.

Ausland.

Fortdauer der faszistischen Gewaltakte in Italien.

Turin, 21. Dez. Die faszistischen Ausschreitungen in Turin wollen noch immer nicht zur Ruhe kommen. Gestern steckten die Faszisten das Volkshaus von Turin, mit dem ein Theater verbunden ist, in Brand. In der Gemeinde San Mauro bei Turin, die von Sozialisten verwaltet wird, besetzten die Faszisten das Gemeindehaus und zwangen den Pfarrer, die Trikolore auf der Kirche zu hissen. Auch in Neapel gingen die Faszisten gegen die Sozialisten vor und richteten in den Redaktionen der beiden sozialistischen Zeitungen große Verwüstungen an, weil diese die Faszisten bekämpfen.

Einigkeit über die Gewährung eines zweijährigen Moratoriums.

Paris, 20. Dez. Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian" meldet, daß besondere Vereinbarungen im Elisee gelegentlich der Besprechung zwischen Lord Derby, Millerand und Poincare gefunden worden sind über die Vorbereitungen zur Pariser Konferenz am 2. Januar. Für ein Moratorium von zwei Jahren soll man sich auf folgender Grundlage geeinigt haben: 1. Finanz-Kontrolle; 2. Ausführung der Finanzreformen, die vom Garantiekomitee verlangt worden sind und noch verlangt werden; 3. Erhebung einer inneren Anleihe von Deutschland in Goldmark zur Stabilisierung des Markkurses; 4. Auslieferung von Bergwerken und Staatsforsten an die Alliierten, ebenso die Nutznießung der Zölle. Seinerseits wird Frankreich bereit sein, von der Besetzung des Ruhrgebiets unmittelbar Abstand zu nehmen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg. (Gemeinderatssitzung vom 21. Dezember.) Zur Ermöglichung eines Wohnungsaufbaus durch Dr. med. vet. Böpple in seinem elterlichen Hause wird nach längerer Beratung die Verpflichtung übernommen, der Baustoffstelle beim Württ. Ministerium 20 Festmeter Rundholz aus dem Stadtwald zu demselben Preis zu überlassen, zu welchem die Staatsforstverwaltung der Baustoffstelle das Holz abgibt.

Die Stadtgemeinde als Grundstücksnachbar bezüglich des Rathauses hat gegen einen Dachstockaufbau des Richard Hagmayer zum Schwanen nichts einzuwenden.

Gemäß einer neueren Verfügung des Ministeriums d. J. wird beschlossen, die Schlachtvieh- und Fleischbeschaugebühren ab 1. Dezember d. Js. mit einem Zuschlag von 1400 Prozent — anstatt 400 Prozent seither — zu erheben und auszubezahlen.

Die Gebühren des Leichenbesorgers und der Leichenbesorgerin werden mit sofortiger Wirkung erhöht auf: 400 Mark für die Dienste ohne Ansagen, 500 Mark für die Dienste mit Ansagen. Die Gebühren des Totengräbers werden erhöht auf 1600 Mark für ein großes Grab und 1200 Mark für ein Kindergrab. Die Gebühren für das Ausleihen des Leichenwagens nach auswärts sind künftig durch den Stadtschultheißen und Stadtpfleger festzusetzen.

Die Verwaltungsgebühr für die Verlängerung der Polizeistunde wird auf die Sätze 200—1000 Mark erhöht.

Der Gemeinderat nimmt von der neuesten Erhöhung der Einrückungsgebühren ohne Erinnerung Kenntnis.

Zum Abschluß der Gemeindevisitation erschien Herr Oberamtmann Wagner mit seinem Sekretär in der Gemeinderatssitzung, um etwaige Wünsche der Gemeindeverwaltung entgegen zu nehmen. Dabei kam die kürzliche Entscheidung des Oberamts über die festgesetzten Hundertsätze für die Mietzinse nach dem Reichsmitgesetz zur Sprache, da sich Zweifel darüber erhoben, von welchem Zeitpunkt ab die gegenüber dem Gemeinderatsbeschluß höheren Sätze in Kraft treten. Vom Oberamt wurde nochmalige Prüfung dieser Frage zugesagt. Ferner wurde vorgebracht, das Oberamt möge sich beim Ministerium dafür einsetzen, daß die Beamtenstellen der Stadtgemeinde, so wie vom Gemeinderat beschlossen, in der Besoldungssatzung eingestuft werden, damit ein tüchtiger und arbeitsfreudiger Beamtenkörper gehalten werden könne. Für künftig wurde gewünscht, daß der Termin für eine Gemeindevisitation nicht gerade in die Gemeinderatswahl hinein angesetzt werden möchte.

Nach Abschluß dieser Angelegenheit wurden noch Rechnungs- und einige kleinere Sachen erledigt. K.

Württemberg.

Heilbronn, 22. Dez. (Das Zinkdach gestohlen.) Einer hiesigen Weingärtnersfrau wurde vor einigen Tagen das Häuschen in ihrem Weinberg abgedeckt. Der Schaden beträgt etwa 80 000 Mark. Vom Täter hat man noch keine Spur.

Münster a. N., 22. Dez. (Abgelehnte Ueberstunde.) Die Arbeiterschaft der Zuckerfabrik Münster hat für die streikenden Anilin-Fabrikarbeiter 50 000 Mark gesammelt und bereits abgesandt. In einer Betriebsversammlung wurde dagegen das Ansinnen, zugunsten der Sammlung Heimatnot eine freiwillige Ueberstunde zu leisten, abgelehnt.

Die Verhandlung in Sachen des Wirtsvereins.

Stuttgart, 22. Dez. Unter großem Andrang des Publikums begann vor der Wucherkammer 1 des hiesigen Landgerichts am Donnerstag vormittag die Verhandlung gegen den ersten und zweiten Vorsitzenden des Stuttgarter Wirtsvereins, Alfred Mayer zur Liederhalle und Fritz Steffel zum König von Württemberg, sowie gegen den Geschäftsführer des Wirte-Landesverbandes, Oskar Zenneck, wegen Aufforderung zur Preistreiberei. Die Vorgeschichte dieses Prozesses dürfte bekannt sein. Eine Versammlung des Stuttgarter Wirtsvereins am 14. v. Mts. unter dem Vorsitz von Herrn Mayer hatte sich über Mindestpreise für Wein, Obstmost und Weißbrötchen geeinigt. Die Preise waren in der Tages- und Fachpresse vom 20. November bekanntgegeben und deren Einhaltung allen Wirten angeraten worden. Dieses Vorgehen hielt das Landespolizeiamt für unzulässig. Das Wucheramt nahm sich der Sache an und leitete gegen den Wirtsverein ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Preistreiberei und öffentlicher Aufforderung hierzu ein. Die verantwortlichen Vorsitzenden und der Geschäftsführer des Vereins wurden alsbald vernommen. Das Wucheramt hielt unter der Begründung einer Verhinderung von Verabredungen zwischen den Beschuldigten deren kurze Festnahme für erforderlich. Die Anklage ging davon aus, daß die bekanntgegebenen Mindestpreise in keinem angemessenen Verhältnis zu den Gestehungskosten stünden. Dem traten die Beschuldigten unter teilweiser Bekanntgabe spezieller Kalkulationsberechnungen entgegen. Bis zur Mittagspause war die Vernehmung von neun der geladenen Zeugen abgeschlossen. Auf den zehnten verzichtete das Gericht. Die Zeugen wurden eingehend über das Verhältnis vom Wein-Einkaufspreis einschließlich Auslagen und Unkosten zum Verkaufspreis gehört.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit den Gutachten der Sachverständigen. Der Vertreter der Firma Paul von Maur sprach sich über die Höhe der Transportkosten aus. Seine Angaben — für 6 Eimer über 10 000 Mark — deckten sich im allgemeinen mit den entsprechenden Zeugen-Aussagen. Das Gutachten der städtischen Preisprüfungsstelle beanstandete den Einstands-Mindestpreis und den Mindestaufwand für Zuckerung und kam im Endergebnis zu einem Mindestpreis für 1922er Wein von 35 Mark pro Viertel. Der kaufmännische Leiter der Landespreisstelle gab den Standpunkt dieser Stelle bekannt. Sie hält die Festlegung eines Mindestpreises für neue Weine angesichts der überaus großen Verschiedenheiten des Einkaufspreises, der Qualität usw. überhaupt für nicht zulässig. An der ihr nachträglich vom Wirtsverein vorgelegten Kalkulation kritisierte die Landespreisstelle vor allem den eingesetzten Mindestpreis für Fuhrlohn, die Verzehrungs- und Zuckerungskosten und kam zu einem Endergebnis für den 1922er Mindest-Weinpreis von 34 Mark für das Viertel. Die vom Wirtsverein bekannt gegebenen Mindestpreise für 1921er und 1920er Weine, für Apfelmost und Weißbrötchen wurden von keiner der beiden Preisstellen beanstandet. Der Vertreter des Weinhandels, der Inhaber der Firma Eduard Laiblin u. Co., gab im Einklang mit den Zeugenaussagen und der Kalkulation des Wirtsvereins den billigsten Preis für 1922er Wein mit 10 000 Mark, den Durchschnitts-Einkaufspreis mit 15 000 Mark, den Mindestfuhrlohn bei nicht zu großen Entfernungen mit 1200 Mark pro Eimer an. Den Zuckerungszuschlag setzte er höher an, als in der Kalkulation des Wirtsvereins geschehen. Redakteur Albert Treiber, der sich als Direktor des katholischen Vereinshauses schon mehrere Jahre mit dem Aufkauf von Wein zu befassen hat, schickte als allgemeine Bemerkung voraus, unter dem Wort „Mindestpreis", wie es die fragliche Veröffentlichung enthalte, müßten Preis-Richtlinien für den kleineren, nicht genügend kaufmännisch geschulten Gastwirt verstanden werden. Aus seiner eigenen Erfahrung heraus gab er die einzelnen Posten, aus welchen der Wein-Verkaufspreis sich zusammensetzt, höher als der Wirtsverein und wesentlich höher als die Preisstellen an. Herr Treiber kam auf einen Selbstkostenpreis pro Eimer von 54 300 Mark oder pro Viertel von 45,30 Mark und auf einen Totalverkaufspreis, einschließlich des Gewinnzuschlags, von 54,90 Mark pro Viertel. Der Staatsanwalt hielt in seinem Plaidoyer die Anklage in vollem Umfang aufrecht und beantragte gegen Mayer eine Geldstrafe von 20 000 Mark, gegen Steffel und Zenneck eine solche von 15 000 Mark, ferner Veröffentlichung des Urteils in der Wirtszeitung und im Stuttgarter Neuen Tagblatt und in der Württemberger Zeitung. Nach den Reden der drei Verteidiger wurde die von Landgerichtsrat Vorhammer geleitete Verhandlung in später Abendstunde geschlossen. Das Urteil der Wucherstrafkammer wird am Samstag bekannt gegeben werden.

Handel und Verkehr.

Wirtschaftliche Wochenrundschau.

Geldmarkt. Die leichte Entspannung, die schon seit einigen Wochen am Geldmarkt wahrzunehmen ist, dauert an. Von Mitte November an hatte sich der Dollarkurs bis Mitte Dezember immer ungefähr auf dem Stande von 8000 gehalten, am Schlusse der zweiten Dezemberwoche eine weichende Haltung bis auf 7585 gezeigt und nun ist er in der dritten Dezemberwoche, bis zum 21. d. Mts., auf 6329 zurückgegangen, nachdem er vorübergehend sogar einen um weitere 1000 Punkte niedrigeren Stand bereits erreicht hatte. Trotz aller französischen Umtriebe gegen eine Einmischung Amerikas gehen eben doch die Verhandlungen fort, und auch die Berliner Besprechungen über das Entschädigungsprogramm berechtigen zu einiger Hoffnung. Es wird freilich noch geraume Zeit dauern, aber man sieht doch wenigstens einmal einen Lichtfunken. Infolgedessen gestaltet sich das Devisengeschäft zu Gunsten des deutschen Geldmarktes und die Devisenkurse gingen weiter zurück. So kosteten am 21. Dezember 100 deutsche Mark in Zürich 0,08 (am 14. Dezember 0,0690) Franken; in Amsterdam 0,0382½ (0,0325) Gulden; in Stockholm 0,0575 (0,05) Kronen; in Wien 1035 (855), in Prag 0,51 (0,42½) Kronen und in Newyork 0,0158 (0,0131) Dollar.

Börse. Die starke Haussebewegung im Effektenverkehr ist durch den allmählichen Rückgang der Devisenkurse ins Schwanken gekommen. Die Spekulation ist allmählich nervös geworden und hat zum größten Teil ihren Glauben an den Siegeszug des Dollars eingebüßt. Es hat ja nicht an Warnungen vor einem bevorstehenden Rückschlag und vor Uebertreibungen der Spekulation gefehlt. Dazu kommt noch die Aussicht auf eine längere Unterbrechung des Börsengeschäftes durch die Feiertage. Man schritt allenthalben zu Realisierungen und die Kurse kamen ins Weichen. Ueberstürzungen sind nicht zu verzeichnen, von einer Katastrophe kann keine Rede sein. Die Kurse sind immer noch reichlich hoch und größtenteils nur aus dem geringen Geldwert und der Inflation mit Banknoten zu erklären. Eine relativ gute Lage zeigt der Markt der festverzinslichen Anlagewerte. Neuen Anleihen wie den 8prozentigen Schuldverschreibungen der Stadt Stuttgart, die zu 99 Prozent gezeichnet werden können und bis 1925 unkündbar sind, dürfte ein guter Erfolg beschieden sein.

Produktenmarkt. Auch hier wird zum Rückzug geblasen. Die Marktlage ist ruhig geworden, die Preise sind zurückgegangen. Am 21. Dezember kosteten in Berlin Weizen 14 500 (—1100), Roggen 13 400 (—100), Sommergerste 12 500 (—900), Hafer 12 600 (—500), Mais 14 600 (—300), und Mehl 44 000 (—2000) Mark. Heu wurde am letzten Montag in Stuttgart noch mit 15 000 (plus 1000) und Stroh mit 17 000 (unverändert) Mark bezahlt.

Warenmarkt. Allmählich ist ein Stillstand im Warenverteuerungsprozeß eingetreten, da und dort bereits sogar ein Preisrückgang. Das gilt freilich noch nicht von Kohle und Eisen, aber bereits von Häuten und Leder, desgleichen von Textilsachen. So sind am 20. Dezember an der Industrie- und Handelsbörse in Stuttgart die Preise für Baumwollgarne um annähernd 10 Prozent, die für Baumwollgewebe um 5—6 Prozent gefallen. Auch Margarine hat einen bemerkenswerten Rückgang erfahren. Auffallend ist, daß Milch und Butter in ganz Süddeutschland, so auch in Stuttgart, wesentlich teurer sind als in Berlin.

Viehmarkt. In Zuchtvieh ist noch kein Preisrückgang wahrzunehmen. Die letzten Märkte ergaben eher noch eine Steigerung. Schlachtvieh ist etwas billiger geworden, ausgenommen Kälber, die nochmals stark anzogen.

Holzmarkt. Lage bis jetzt unverändert.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 22. Dez. Wie bekannt, hat der Landtag am 15. ds. ein Gesetz angenommen, wonach zu den am 31. Dezember 1922 und am 31. März 1923 fälligen Teilbeträgen der Wohnungsabgabe für den Staat und der Gemeindezuschläge ein Zuschlag von 200 Proz. für Staat und Gemeinde erhoben wird. Für das Halbjahr 1. Oktober 1922 bis 1. März 1923 betragen also die Wohnungsabgabe und dieser Zuschlag zusammen das Dreifache der bisher für dieses Halbjahr angesetzten Abgabe für Staat und Gemeinde.

Kempten, 22. Dez. Das Volksgericht Kempten verurteilte den aus der Provinz Brandenburg gebürtigen Raubmörder Hermann Schmidt, der in der Nacht zum 14. November in Ronsberg seinen Arbeitskollegen, den Schreinergehilfen Albert Benz, erschlagen und auf die herbeieilende Frau des Meisters geschossen hatte, und sodann mit dem Geld und den Kleidern des Erschlagenen flüchtete, wegen vollendeten Mordes zum Tode, wegen der übrigen Delikte zu 8 Jahren Zuchthaus.

München, 22. Dez. Die Note des Botschafterrats, in der auf die deutsche Sühneantwort Bezug genommen wird, ist in München amtlich noch nicht eingetroffen, sodaß die bayerische Regierung dazu noch nicht Stellung nehmen konnte. Wie die „München-Augsburger Abendzeitung" meint, werde die Situation als ernst aufgefaßt. Man sei bis an die Grenze des Erträglichen gegangen. Eine Bestrafung der Bürgermeister durch die Regierung käme nicht in Frage, weil keine rechtlichen Möglichkeiten dazu gegeben seien. Eine besondere Entschuldigung der bayerischen Regierung sei unvereinbar mit dem staatsrechtlichen Charakter des Reiches.

München, 22. Dez. Der ehemalige Staatsminister des Innern, Graf von Soden, ist heute morgen im 78. Lebensjahr gestorben.

Gera, 23. Dez. In der gestrigen Stadtratssitzung wurde, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, nach scharfer Debatte mit 25 Stimmen der Kommunisten und der Sozialisten gegen 24 Stimmen der Bürgerlichen beschlossen, das Bronzedenkmal Kaiser Wilhelms abzubrechen und die Bronzeteile zu verkaufen.

Berlin, 22. Dez. Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat, der „Germania" zufolge, einen Antrag eingebracht, wonach der drückenden Notlage der freien Berufe (Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller, Redakteure) dadurch entgegengewirkt werden soll, daß arbeitsfähige Angehörige dieser Berufe, die eine Familie zu versorgen haben, in geeigneten Verwaltungsstellen statt der dort tätigen unverheirateten Hilfskräfte beschäftigt werden, soweit dies ohne Benachteiligung anderweit entbehrlich gewordener Beamter geschehen kann.

Berlin, 22. Dez. In einer Besprechung, die der Berliner Oberbürgermeister Boeß, Stadtkämmerer Dr. Karding, Stadtbaurat Adler und anderen Magistratsmitgliedern der „Vossischen Zeitung" zufolge mit Führern der Rathausfraktionen über die Sanierung der Straßenbahnen hatten, ist mitgeteilt worden, daß die Aufsichtsbehörde damit einverstanden sei, wenn die Stadt Berlin aus ihren großen Forsten umfangreichere Abholzungen als bisher vornimmt. Der Magistrat glaubt damit rund zwei Milliarden Mark gewinnen zu können, die der Straßenbahn, die in eine G. m. b. H. umzuwandeln ist, zur Verfügung gestellt werden.

Berlin, 22. Dez. Das Agrement der lettländischen Regierung für den ehemaligen Reichsminister Dr. Köster, der zum Gesandten in Riga ernannt wird, ist erteilt. — Die Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten, die 20000 Eisenbahnbeamten aller Dienstgrade umfaßt und die in Arbeitsgemeinschaft mit der Gewerkschaft deutscher Reichseisenbahnbeamten steht, hat sich dem deutschen Beamtenbund angeschlossen. — Maximilian Harden hat wegen des vom Schwurgericht gefällten Urteils gegen den Landwirt Weichardt und den Buchhändler Grenz Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Hamburg, 22. Dez. Ein von Hamburg kommender Dampfer der Sloman-Linie rammte bei starkem Nebel auf der Reede von Brunshausen einen vor Anker liegenden australischen Dampfer. Dem Sloman-Dampfer wurde an der Steuerbordseite über der Wasserlinie die Bordwand aufgerissen. Auch der australische Dampfer wurde schwer beschädigt. — Von Borkum ist die funkentelegraphische Nachricht eingetroffen, daß der englische Dampfer „Manfat" in Flammen stehe. Von Blankenese aus sind dem Schiff mehrere Spritzendampfer entgegengefahren, dessen Eisenrumpf an einigen Stellen bereits glühte. Der Dampfer mußte unter Wasser gesetzt werden.

Wien, 22. Dez. Bei der Speditionsfirma Illisch hat ein Angestellter, Prettner, aus einem Paket, das 115 Millionen Kronen enthielt, den Betrag gestohlen und Papierschnitzel dafür hineingelegt. Der Defraudant ist geflüchtet.

Die größte Auswahl in
Kinderwagen, Klapp-Sportwagen
in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle, Koffer und Lederwaren
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerrenerstrasse und Bahnstrasse.

Die 115 Millionen
stimmt.

Genua, 22. D
Genua nach Neap
sein. Die letzte
drahtloser Hilferuf,
auffing. Als die
Stelle ankam war
Mannschaften, ca
Die Sestri ein 586
Jahren gebaut wor

Toulon, 23.
gefangenen, die vo
worden sind, sind g
gue in Begleitung
abgereist.

Paris, 22. De
austausch über di
Deutschlands nimm

Dublin, 22. D
Nationalversammlu
Haus ermordet; es

Christiania, 2
demokratischen Hau
Zentralleitung der n
die Partei aus der
lassen.

Im Haus der
für den Monat Ja
Stallpreis von 125
traßzuschlag bezahl
Verbraucher waren
erung der Frachten
senbahnverwaltung
tung abgeschwächt w
sist an die Regierun
holten Ansatz der R
fall zu bringen. D
völkerung wird noch

Neue Lohnw

Bochum, 22. De
verbands der deutsch
arbeiterverbänden au
festsetzung der Löhne
wünschten nicht, vor
genüber einem scharf
und Eisenindustrielle
preiserhöhung beim
Bergarbeiterverbände
genüber, daß sie info
Lohnverhandlungen
richten könnten.

Umfangreicher

Berlin, 22. Dez.
beabsichtigt die Reich
Verminderung ihres
März sollen 5000
gelernten 2500 Lehr
Bediensteten die Kür
werden. Hiervon wo
13 350 Beamte betr
etwa 4400 mittlere
zubringen, 1115, die
haben, werden zwan
ist die bloße Kündig
handelt es sich um
jährige Dienstzeit be
Kündigungen wird e
Es sollen besonders
sich als unbrauchbar
Wegen Zahlung von
lassenden soll noch b

Das

Berlin, 22. Dez.
Urteil gefällt: Es w
meinschaftlichen Betr
schaftlicher Bestechung
nisstrafe von 2 Jahr
einem Jahr zwei Mo
Geldstrafe von 12 000
lichen Ehrenrechte a
Rahardt wegen gem
wie wegen Kettenhan
neun Monaten Gefä
Untersuchungshaft, fe
wegen Kettenhandels
strafe, sowie drei Jah
Angeklagten wurden
Nur zwei Angeklagte
übermäßige Gewinn
zogen.

Besprechu

Berlin, 23. Dez
Reichsregierung mit
der Demokraten, des
vom Reichsfinanzmini
darier vom Reichsmin
kungen. Die Reichsm
weiteren Pläne zu be
fand eine Kabinettsfi
Tageblatt" zufolge,
schäftigte. Der „Berl
wollen wissen, daß die
nachtsfeiertagen fertig
man im Laufe des g
wärts gekommen, so
lassen. Der „B
lichsten Differenzen be
ten werden solle und

Aufge

Das Reichswehrm

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

rt die Preise für Baumwollgarne
ie für Baumwollgewebe um 5—
rgarine hat einen bemerkenswerten
nd ist, daß Milch und Butter in
in Stuttgart, wesentlich teurer

htvieh ist noch kein Preisrückgang
Märkte ergaben eher noch eine
etwas billiger geworden, ausge-
s stark anzogen.
is jetzt unverändert.

Nachrichten.

Wie bekannt, hat der Landtag
genommen, wonach zu den am
31. März 1923 fälligen Teil-
abe für den Staat und der Ge-
von 200 Proz. für Staat und
ür das Halbjahr 1. Oktober 1922
also die Wohnungsabgabe und
as Dreifache der bisher für dieses
für Staat und Gemeinde.
as Volksgericht Kempten verur-
Brandenburg gebürtigen Raub-
der in der Nacht zum 14. No-
Arbeitskollegen, den Schreiner-
gen und auf die herbeieilende
n hatte, und sodann mit dem
s Erschlagenen flüchtete, wegen
de, wegen der übrigen Delikte

ie Note des Botschafterrats, in
ntwort Bezug genommen wird,
nicht eingetroffen, sodaß die
noch nicht Stellung nehmen
hen-Augsburger Abendzeitung"
als ernst aufgefaßt. Man se
räglichen gegangen. Eine Bo-
urch die Regierung käme nicht
en Möglichkeiten dazu gegeben
uldigung der bayerischen Regi-
n staatsrechtlichen Charakter des

er ehemalige Staatsminister des
t heute morgen im 78. Lebens-

der gestrigen Stadtratssitzung
ageblatt" meldet, nach scharfe
Kommunisten und der Sozialisten
rlichen beschlossen, das Bronze-
zubrechen und die Bronceteile

Zentrumsfraktion des Reichs-
folge, einen Antrag eingebracht,
ge der freien Berufe (Rechts-
, Redakteure) dadurch entgegen-
rbeitsfähige Angehörige diese
versorgen haben, in geeigneten
dort tätigen unverheirateten
n, soweit dies ohne Benach-
ich gewordener Beamter ge-

einer Besprechung, die der
Boeß, Stadtkämmerer Dr. Kar-
anderen Magistratsmitgliedern
lge mit Führern der Rathaus-
g der Straßenbahnen hatten,
Aufsichtsbehörde damit einver-
Berlin aus ihren großen Forsten
ls bisher vornimmt. Der Ma-
ei Milliarden Mark gewinnen
hn, die in eine G. m. b. H. um-
gestellt werden.
lgrement der lettländischen Re-
Reichsminister Dr. Köster, der
annt wird, ist erteilt. — Die
Eisenbahnbeamten, die 20000
tgrade umfaßt und die in Ar-
verkschaft deutscher Reichseisen-
n deutschen Beamtenbund an-
Harden hat wegen des vom
gegen den Landwirt Weichardt
Revision beim Reichsgericht

in von Hamburg kommender
ammte bei starkem Nebel auf
einen vor Anker liegenden
Sloman-Dampfer wurde an
Wasserlinie die Bordwand
lische Dampfer wurde schwer
ist die funkentelegraphisch
englische Dampfer „Manfat"
nkenese aus sind dem Schiff
gegengefahren, dessen Eisen-
ereits glühte. Der Dampfer
rden.
der Speditionsfirma Illinek
, aus einem Paket, das 115
Betrag gestohlen und Papier-
Der Defraudant ist geflüchtet.

e größte Auswahl in
agen, Klapp-Sportwagen
n einfach bis hochfein.
möbel, Ruhestühle,
r und Lederwaren
Ausführung kaufen Sie billig bei
Bross, Pforzheim,
xerstrasse und Bahnstrasse.

Die 115 Millionen waren als Weihnachtsgratifikation bestimmt.

Genua, 22. Dezbr. Der Dampfer „Sestri", der von Genua nach Neapel ausgelaufen war, scheint verloren zu sein. Die letzte Botschaft von diesem Dampfer war ein drahtloser Hilferuf, den der Dampfer „Porto di Savona" auffing. Als die Porto di Savona an der bezeichneten Stelle ankam war nichts mehr zu sehen. Passagiere und Mannschaften, ca 100 Personen, scheinen ertrunken zu sein. Die Sestri ein 5869 Tonnen großer Dampfer war vor vier Jahren gebaut worden.

Toulon, 23. Dez. Die vier letzten deutschen Kriegsgefangenen, die von der französischen Regierung begnadigt worden sind, sind gestern nachmittag aus dem Fort de Lamalgue in Begleitung von vier Gendarmen nach der Grenze abgereist.

Paris, 22. Dez. Der französisch-amerikanische Gedankenaustausch über die Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nimmt einen schleppenden Verlauf.

Dublin, 22. Dez. Der frühere Abgeordnete der irischen Nationalversammlung, O'Dwyer, wurde vorgestern in seinem Haus ermordet; es handelt sich um einen Racheakt.

Christiania, 22. Dez. Nach einer Meldung des sozialdemokratischen Hauptorgans „Arbeiterpolitiken" beschloß die Zentralleitung der norwegischen Arbeiterpartei (Kommunisten) die Partei aus der Moskauer Internationale abmelden zu lassen.

Milchpreiserhöhung.

Im Haus der Landwirte wurde am Freitag der Milchpreis für den Monat Januar festgesetzt. Ab 1. Januar wird ein Stallpreis von 125 Mark für ein Liter nebst 10 Mark Vertragszuschlag bezahlt. Die Vertreter der Erzeuger und der Verbraucher waren sich einig darin, daß die unerhörte Verteuerung der Frachten durch besondere Maßnahmen seitens der Eisenbahnverwaltung in ihrer Wirkung auf die Milchpreisgestaltung abgeschwächt werden müsse. Desgleichen wird nun ernstlich an die Regierung herangetreten werden, um dem wiederholten Ansatz der Umsatzsteuer im Milchpreisverkehr in Fortfall zu bringen. Der Verbraucherpreis für die städtische Bevölkerung wird noch festzusetzen sein.

Neue Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau?

Bochum, 22. Dez. Die Ortsgruppe Bergbau des Reichsverbands der deutschen Industrie erwiderte den vier Bergarbeiterverbänden auf ihren Antrag, Verhandlungen zur Neufestsetzung der Löhne einzuleiten, die Bergwerksunternehmer wünschten nicht, vor dem 10. Januar 1923 zu verhandeln. Gegenüber einem scharfen Einspruch des Vereins deutscher Stahl- und Eisenindustriellen gegen eine weitere Lohn- und Kohlenpreiserhöhung beim Reichsarbeitsminister betonen die vier Bergarbeiterverbände auch dem Reichswirtschaftsminister gegenüber, daß sie infolge der fortschreitenden Teuerung auf Lohnverhandlungen noch vor Ablauf des Dezember nicht verzichten könnten.

Umfangreicher Personalabbau bei der Reichsbahn.

Berlin, 22. Dez. Wie der "Berliner Lokalanzeiger" hört, beabsichtigt die Reichseisenbahnverwaltung eine beträchtliche Verminderung ihres Personals durchzuführen. Bis zum 31. März sollen 5000 Werkstättenarbeiter einschließlich der ausgelernten 2500 Lehrlinge entlassen werden, ferner soll 20 000 Bediensteten die Kündigung aus dem Staatsdienst überreicht werden. Hiervon werden 6650 Arbeiter und Angestellte und 13 350 Beamte betroffen. Von diesen soll versucht werden, etwa 4400 mittlere Beamte in der Finanzverwaltung unterzubringen, 1115, die das 65. Lebensjahr bereits überschritten haben, werden zwangspensioniert, für die restlichen Beamten ist die bloße Kündigung auszusprechen. Bei dieser Gruppe handelt es sich um Beamte, die noch keine längere als vierjährige Dienstzeit bei der Reichseisenbahn haben. Bei den Kündigungen wird eine besondere Auswahl getroffen werden. Es sollen besonders solche Bedienstete ausgesucht werden, die sich als unbrauchbar oder arbeitsunlustig erwiesen haben. Wegen Zahlung von Uebergangsgebührnissen an die zu Entlassenden soll noch besonders verhandelt werden.

Das Urteil im Prozeß Rahardt.

Berlin, 22. Dez. Im Prozeß Rahardt wurde folgendes Urteil gefällt: Es wurden verurteilt: Karl Rahardt wegen gemeinschaftlichen Betrugs in drei Fällen sowie wegen gemeinschaftlicher Bestechung und schwerer Untreue zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, unter Anrechnung von einem Jahr zwei Monaten Untersuchungshaft, ferner zu einer Geldstrafe von 12 000 Mark und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Erich Rahardt wegen gemeinschaftlichen Betrugs in zwei Fällen sowie wegen Kettenhandel und Preiswucher zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft, ferner wegen Betrugs zu 5000 Mark und wegen Kettenhandels und Preiswucher zu 150 000 Mark Geldstrafe, sowie drei Jahren Ehrverlust. Auch gegen die übrigen Angeklagten wurden Gefängnis- und Geldstrafen verhängt. Nur zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der erzielte übermäßige Gewinn in Höhe von 400 000 Mark wird eingezogen.

Besprechungen bei der Reichsregierung.

Berlin, 23. Dez. Bei den gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit den Parteiführern wurden die Vertreter der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei vom Reichsfinanzminister Dr. Hermes, die anderen Parlamentarier vom Reichsminister des Aeußeren, v. Rosenberg, empfangen. Die Reichsminister machten Mitteilung über ihre weiteren Pläne zu den Reparationsfragen. Im Anschluß daran fand eine Kabinettssitzung statt, die sich aber, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, nicht mit dem Reparationsproblem beschäftigte. Der „Berliner Lokalanzeiger" und der „Vorwärts" wollen wissen, daß die deutschen Vorschläge erst nach den Weihnachtsfeiertagen fertiggestellt werden können. Allerdings sei man im Laufe des gestrigen Tages einen guten Schritt vorwärts gekommen, so daß sich bereits ein bestimmter Plan erkennen lasse. Der „Vorwärts" will wissen, daß die hauptsächlichsten Differenzen darüber beständen, welche Summe angeboten werden solle und welche Garantien zu leisten seien.

Aufgedeckte Waffenschiebungen.

Das Reichswehrministerium ist schon seit längerer Zeit größeren Waffenverschiebungen auf die Spur gekommen. Doch hat die bisherige Untersuchung noch nicht den Beweis dafür erbracht, daß die Waffen deutschen Faszisten in die Hand gespielt worden seien. Vom Reichswehrministerium wird betont, daß man gegen alle Versuche, eine Verbindung zwischen den faszistischen Kreisen und der Reichswehr herzustellen, mit großer Schärfe vorgehen werde. Die Waffen wurden der Reichswehr gestohlen.

Wochenplauderei.

Wieder einmal Weihnachtsfeier — In abscheulich schwerer Zeit! — Ach, statt Frieden, Wohlgefallen, — Herrschen weiter Haß und Streit! — Immer gibt es noch zu viele, — Welche bösen Willens sind, — Immer fegt noch her vom Westen — Grimmig rauher Wirbelwind. — — Unser Landtag hat sich selber — Schon ein Christkindle beschert: — Hat auf unsrer aller Kosten — Die Diäten sich vermehrt. — Keiner murrte, protestierte, — Alle waren einig sie. — Welch ein wunderbares Schauspiel! — Welche seltne Harmonie! — — Diesmal fehlt in mancher Stube — Der geschmückte Tannenbaum, — Ohne den im deutschen Hause — Nimmer glückt der Weihnachtstraum. — Selbst das kleinste Bäumchen kostet — Diesmal unerhörten Preis: — Viele Leute drum behelfen — Sich mit etwas Tannenreis. — — Das Geschäft nahm da und dort zwar — Einen leidlichen Verlauf, — Doch die rechte Weihnachtsstimmung — Kommt in solcher Zeit nicht auf. — Mög das Christfest trotz der Drangzeit — Dennoch seine Wirkung tun; — Schwingt die Seele auf zur Höhe, — Laßt das Alltagstreiben ruh'n! — — Seht, an dem politischen Himmel — Zeigt ein Schimmer sich von fern: — Aus Amerika herüber — Funkelt's wie ein Hoffnungsstern! — Ist's auch nicht ein bloßes Irrlicht, — Das uns täuscht und narrt und neckt? — Oft schon hat in uns ein Lichtblick — Falsche Hoffnungen erweckt! Wdn.

Baden.

Heidelberg, 21. Dez. Ein Ehepaar legte eine größere Geldsumme auf den Tisch der Notgemeinschaft mit der Erklärung: „Wir haben uns entschlossen, in diesem Jahre auf die gegenseitigen Weihnachtsgaben zu verzichten und spenden dafür unser erspartes Geld der Notgemeinschaft." — Wer machts nach?

Waldkirch, 21. Dez. Die Einwohner aus den Stadtwaldungen erhalten auch in diesem Jahre nach einem Gemeinderatsbeschluß Christbäume zum Preise von 10—20 Mark.

Jeder alte Stroh- und Filzhut wird wie neu umgearbeitet.
Hutfabrik Sutterer & Czarnowicz,
Pforzheim, Westliche 286.
Annahmestelle: **Pforzheim**, Glauner, Schloßberg 4,
Höfen, Deitling,
Wildbad, Walter Fischer König-Karlstraße.

Führung von Handelsverzeichnissen durch gewerbsmäßige Viehhändler.

Auf Grund der Verfügungen des Arbeits- und Ernährungsministeriums vom 9. und 15. Dezember 1922 (Staatsanzeiger Nr. 291 und 295) haben vom 1. Januar 1923 ab sämtliche Viehhändler und Kommissäre außer dem in § 31 der Verfügung des Ministeriums des Innern, betr. Ausführungsvorschriften zum Viehseuchengesetz vom 11. 6. 1912 vorgeschriebenen Kontrollbuch ein **Viehhandelsverzeichnis** zu führen. Näheres über Form, Inhalt und Ausstellung ist bei den Ortspolizeibehörden zu erfahren.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, die Einhaltung dieser Verfügung zu überwachen, bei Händlern das Vorhandensein der erforderlichen Papiere, insbesondere auch der für das Jahr 1923 gültigen Viehhandelserlaubnisscheine öfters nachzuprüfen und bei Zuwiderhandlungen Anzeige zu erstatten.

Neuenbürg, den 21. Dezember 1922.

Oberamt:
Wagner.

Kleinhandelshöchstpreise für Zucker.

Laut Bekanntmachung der Landesversorgungsstelle vom 18. Dezember 1922 (Staatsanzeiger Nr. 299) betragen die **Kleinhandelshöchstpreise für Verbrauchszucker** vom Dezember 1922 für je ein Pfund

Kristall-Zucker	210 Mark.
Sandzucker	220 „
Würfelzucker in Kisten	225 „
Brotezucker (Hutzucker), ohne Verpackung gewogen,	220 „

Die Kleinhändler sind berechtigt, ihre nachweisbaren Bahnfrachtauslagen noch besonders aufzurechnen.

Die vorgenannten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitungen sind nach § 4 der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (RGBl. Seite 395) strafbar.

Neuenbürg, den 22. Dezember 1922.

Kommunalverband:
Wagner.

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden
ein frohes Fest!
Gottfried Vischer u. Frau,
Irmgard, Liselotte und Fritz.
Essen-Ruhr, Schubertstr. 28.

Neue Bestellungen
auf den **täglich** erscheinenden **„Enztäler"** werden fortwährend von allen Postanstalten und unseren Austrägern entgegengenommen.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Nach § 105b Gew.-O. wird für den Oberamtsbezirk gestattet, am **Sonntag, 24. Dezember, sämtliche Ladengeschäfte von 11—5 Uhr offen zu halten.**

Neuenbürg, den 23. Dezember 1922.

Oberamt:
Wagner.

Forstamt Neuenbürg.
Bürgermeisteramt Ittersbach.

Fischwasser-Verpachtung.

Am **Freitag, den 5. Januar 1923, vormittags 11 Uhr**, kommt auf der **Forstamtskanzlei** in **Neuenbürg**

das Fischwasser der Pfinz

samt ihren Nebenbächen auf württemberg. und bad. Gebiet ab 1. Februar 1923 auf 12 Jahre zur Neuverpachtung.

Die Pachtbedingungen können während der Amtsstunden beim **Forstamt Neuenbürg** und beim **Bürgermeisteramt Ittersbach** eingesehen werden.

Gemeinde Grunbach.

Stammholz-Verkauf.

Am **Donnerstag, den 28. Dezember 1922** kommen auf dem Rathaus im schriftlichen Aufstreich zum Verkauf:

Langholz: 220 Stück mit 17,14 Fm. 2. Kl., 55,90 Fm. 3. Kl., 45,34 Fm. 4. Kl., 21,64 Fm. 5. Klasse; 2,65 Festm. **Sägholz** 2. Kl., 0,91 Fm. 3. Klasse.

Die verschlossenen, vom Liebhaber unterzeichneten Angebote wollen in Prozenten der Taxe vom 1. November 1922 bis **Donnerstag nachmittag 2 Uhr** auf dem Rathaus eingereicht werden.

Auszüge auf Bestellungen durch Forstwart Zeller.

Grunbach, den 22. Dezember 1922.

Gemeinderat.

Aus **Forstamt Herrenalb**, Ob. Eckkopf, Abtlg. 6, sind nachstehende

Fi. u. Ta.-Langhölzer

gegen Höchstgebot sofort abzugeben:

13,24	Festm.	I. Klasse	Langholz,
17,93	„	II. „	„
13,32	„	III. „	„
1,67	„	IV. „	„
3,06	„	V. „	„
16,53	„	I. „	Sägholz,
7,39	„	II. „	„

Angebote wollen spätestens bis **29. ds. Mts.**, **vormittags 11 Uhr**, unter G. S. 333 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle eingereicht werden.

Metzger-Innung Neuenbürg-Wildbad
Sitz Wildbad.

Von heute an treten nachstehende **Fleischpreise** in Kraft:

Ochsen- und Rindfleisch 1. Klasse	p. Pfd. Mk. 500
Kuhfleisch	„ „ 330—340
Kalbfleisch	„ „ Mk. 560
Schweinefleisch	„ „ Mk. 660
Hammelfleisch	„ „ Mk. 560

Kursbericht der Firma
Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
22. Dezember 1922.

Devisen: Amtl. Mittelkurse:	
Amerika	6762½
Holland	2660.—
Schweiz	1278.—
England	31250.—
Frankreich	500.—
Festverzinsl. Staatspapiere:	
5% Dt. Reichsanleihe	80.—
4% „ „	550.—
3½% „ „	270.—
3% „ „	1275.—
Tsch. Sparprämienanleihe	140.—
4% Württ. Staatsanleihe	100.—
3½% „ „ v. 1875	98.—
3½% „ „ versch.	94.—
3% „ „	140.—
Stadtanleihen u. Pfandbriefe:	
4% Stuttg. Stadtanl.	100.—
3½% „ „ v. 1877—80	77.—
3½% „ „ v. 1904	70.—
4% W. Hyp.-Pfdbf.	105—112.—
3½% „ „	95.—

Industrie-Aktien:	
Hapag	7000.—
Nordd. Lloyd	4100.—
Deutsche Bank	6700.—
Disconto-Com.-Anteile	2850.—
Rhein. Creditbank-Akt.	1910.—
Württ. Vereinsbank-Akt.	1790.—
Badische Anilin-Akt.	8500.—
Höchster Farbwerke-Akt.	7100.—
Bochumer Guß-Akt.	19500.—
Dt.-Luxemb. Bergw.-Akt.	18900.—
Harpener Bergbau-Akt.	38200.—
Benz-Motoren-Akt.	385.—
Daimler-Motoren-Akt.	4100.—
Badenia-Maschinenfbk.-Akt	2600.—
Heidelberg. Cementw.-Akt.	9000.—
Köln-Rottweiler	9900.—
Gebrüder Junghans-Akt.	3599.—
Salzwerke Heilbronn-Akt.	18000.—

Tendenz: befestigt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Statt Karten.

Irma Lang
Studienreferendarin

Eduard Föhlisch
Studienassessor

Verlobte

Stuttgart — Neuenbürg
Cannstatt — Wertheim

Ottilie Holzapfel
Eugen Metzger

Verlobte

Neuenbürg-Enz — Holzgerlingen

Weihnachten 1922.

Rosa Günthner
Karl Baumann

grüssen als

Verlobte

Sprollenhaus — Neuenbürg

Weihnachten 1922.

Ida Fauth
Otto Genthner

grüssen als

Verlobte

Feldrennach, Weihnachten 1922.

Erna Hummel
Ernst Höll

Verlobte

Pfinzweiler, Weihnachten 1922.

Wilma Bildstein
Willy Grässle

Verlobte

Mannheim — **Bad Herrenalb**

Weihnachten 1922.

Kristall-Facettspiegel

folgende Maße sofort ab Lager greifbar:
131/52, 131/47, 131/42, 84/52, 78/47, 75/45, 68/42.

Südd. Glasmanufaktur C. Cramer, Liebenzell,
— **Telefon 49.** —

Pfinzweiler—Ittersbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Stephanstag, den 26. Dezember 1922

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasth. z. „Krone" in Ittersbach

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Friedrich Obrecht,
Sohn des Gottlieb Obrecht, Bauers in Pfinzweiler.

Lydia Mohr,
Tochter des Heinrich Mohr, Schmiedmeisters in Ittersbach.

Kirchgang ½12 Uhr in Ittersbach.

Große Tanzmusik

findet am

Dienstag, den 26. Dez. (Stefanstag)
im Gasthaus zum „Waldhorn" in Schwann

statt und ladet freundlichst ein

J. Faass.

Schwann.

Am

Dienstag, den 26. ds. Mts. (Stephans-Feiertag)

findet im

Gasthaus zum „Hirsch"

Tanzmusik

statt, wozu höflichst einladet

Aldinger z. „Hirsch".

Höfen a. Enz.

Am

Dienstag, den 26. ds. Mts. (Stephanstag),
von nachmittags 3 Uhr ab,

findet bei mir

Tanz-Unterhaltung

statt und lade freundlichst ein.

Mast z. „Krone".

Pfinzweiler.

Am 26. Dezember (Stephanstag)

findet bei mir

Tanz-Unterhaltung

statt, wozu freundlichst einladet

Ernst Hummel zur „Sonne".

Versuchen Sie Ihr Glück
und Sie gewinnen
bis zu
25 Millionen Mark
in der mit Ziehung der 1. Klasse am **9. und 10. Januar 1923** beginnenden
Staatlichen Klassen-Lotterie.

Lospreis		1/8	1/4	1/8	1/1
für 1. Klasse	je	75.—	150.—	300.—	600.—
„ 2.—4. „	je	100.—	200.—	400.—	800.—
für alle Klassen	je	375.—	750.—	1500.—	3000.—

Zustellungsgebühr extra.

Gottwick,
Württembergischer Lotterie-Einnehmer, **Stuttgart,**
Königsbau, Postscheckkonto 8110 Stuttgart.

Bäcker-Einkaufs-Genossenschaft Neuenbürg.

Donnerstag, den 28. Dezember, nachmittags 2 Uhr,
findet im **Gasthaus zum „Schwanen"** eine

außerordentliche Versammlung

statt. Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig.
Wir bitten, die **Geschäftsanteile** alsbald begleichen zu wollen.

Der Vorstand.

Krieger-Verein II ✠ Neuenbürg.

Am **Christfest abend** hält der Verein seine

Weihnachts-Feier

im **Gasthof z. „Bären"** ab. Zur Aufführung gelangen: **Musikalische Darbietungen, Einzel-Gesänge, ernste und heitere Vorträge** von Herrn Keller aus Stuttgart und **Gabenverlosung.**

Anfang punkt 6½ Uhr.

Nur Mitglieder und deren Angehörige haben Zutritt. Einführung von bei Kameraden zu Besuch weilenden Personen gegen Mk. 50.— Eintritt gestattet.

Der Ausschuss.

Dem Verein zugedachte Gaben wollen am **Christfest nachmittag im „Bären"** abgegeben werden.

Neuenbürg.

Am Heiligen Abend von 8 Uhr und am Christfest
ist meine

Wirtschaft geschlossen.

Karl Schumacher.

Vieh-Verkauf.

Von heute ab steht
in meinen Stallungen in **Conweiler**
ein Transport

hochträchtiger, gutgewöhnter Kalbinnen u. Kühe, sowie erstklassiger Milchkühe

zum Verkauf.

Karl Faaß zum „Rößle".

Holz-Versteigerung.

Am **Mittwoch, den 27. ds. Mts., vormittags ½10 Uhr,** kommt in der Wirtschaft zum **Grösseltal** zur öffentlichen Versteigerung **gegen Barzahlung:**

Erlen-, Eschen-, Forchen- u. Tannenstammholz, sowie Bau- und Hopfenstangen.

Das Holz wird von Grösseltalaufseher **Weik** vorgezeigt.

Städt. Gas- u. Wasser-Werke, Pforzheim.

Feldrennach.
Zu verkaufen ein jähriges

Rind

R. Mayer.

Grunbach.
Gute

Nutz- und Fahrkuh

ist zu verkaufen.

Haus Nr. 38.

Wiegekarten

mit und ohne Ueberblatt liefert preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh. D. Strom.

Gottesdienste in Neuenbürg

Sonntag, den 24. Dezember.
(4. Advent).
10 Uhr Predigt (Joh. 3, 22—36; Lied Nr. 155.
Stadtvikar Geiger.
Anschließend Beichte auf das hl. Abendmahl des Christfestes.
4 Uhr Weihnachtsfeier der Kleinkinderschule.
Dekan Dr. Megerlin.

Christfest, 25. Dezember.
½10 Uhr Beichte.
10 Uhr Predigt (Luk. 2, 1—14;
Dekan Dr. Megerlin.
Gemeindelied: Fröhlich soll mein Herze springen. Nr. 147.
Kirchenchor: Halleluja, denn uns ist heut.
Anschließend an den Gottesdienst Feier des Hl. Abendmahls.
4 Uhr Weihnachtsfeier der Freiw. Sonntagsschule.
Dekan Dr. Megerlin.

Stephannsfeiertag, 26. Dezbr.
10 Uhr Predigt (Joh. 1, 14—18; Lied Nr. 376):
Stadtvikar Geiger.

Katholisch. Gottesdienst in Neuenbürg

Samstag, 23. Dezember 1922.
Beichtgelegenheit erst von 7 Uhr ab.
Sonntag, den 24. Dezbr.
kein Frühgottesdienst,
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre und Andacht, hernach Beichtgelegenheit.
Montag: Weihnachtsfest.
6 Uhr erster feierlicher Gottesdienst und Austeilung der Hl. Kommunion.
½10 Uhr Predigt und feierliches Hochamt.
2 Uhr Feierliche Segensandacht.
Dienstag: Fest des Hl. Stephanus.
Kein Frühgottesdienst und keine Predigt.
9 Uhr Amt — alles übrige wie an den Sonntagen.
2 Uhr Andacht.
An den Werktagen ist der Gottesdienst um 7 Uhr.

Methodisten-Gemeinde
(Vorsteher C. Lang).

Sonntag vorm. 10 Uhr Predigt.
„ ½12 Uhr Sonntagsschule.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde.